

An die
Bundestagsabgeordnete XXX/
An den
Bundestagsabgeordneten XXX

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete XXX, /
Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter XXX,

die von der Ordensfrau Sr. Dr. Lea Ackermann gegründete und geleitete Organisation SOLWODI („Solidarity with Women in Distress“ – Solidarität mit Frauen in Not) hat eine Kampagne für eine Reform des umstrittenen Prostitutionsgesetzes (ProstG) gestartet. Bereits im Januar 2007 hatte die Bundesregierung eine Reformierung des ProstG angekündigt. Doch auf die Worte folgten keine Taten. Darum will SOLWODI mit der Kampagne das ProstG zum Wahlkampfthema machen. Mit eigenen Vorschlägen für Gesetzesreformen tritt SOLWODI für die Menschenwürde von Prostituierten ein. Ich bin wie SOLWODI der Meinung, dass die GesetzgeberInnen die Menschenwürde und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in der Prostitution zu achten und zu schützen haben und daher jegliches Zuwiderhandeln der Profiteure im Rotlichtmilieu – zum Beispiel Zuhälter und Bordellbetreiber – konsequent als Straftaten ahnden müssen. Ich unterstütze die folgenden SOLWODI-Forderungen für Gesetzesreformen und bitte Sie, sich dafür einzusetzen:

- **Keine abhängige Beschäftigung von Prostituierten, sondern ausschließlich selbständige Tätigkeit ohne Weisungsbefugnisse Dritter.** Begründung: Bei der Intimsphäre Sexualität kann und darf es keine Weisungsbefugnisse oder gar ein Weisungsrecht geben.
- **Strafrechtliche Verfolgung jeglicher Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht sowie jeglicher Einschränkung der Dispositionsfreiheit von Prostituierten.** Begründung: s.o.! Außerdem: Alles, was über die Vermietung von Zimmern und Infrastruktur hinausgeht, ist somit sexuelle Ausbeutung oder dirigistische Zuhältereie und obliegt damit der Kontrolle durch die Polizei. Das erleichtert auch die Identifizierung von Menschenhandelsopfern.
- In diesen Zusammenhang gehört auch die **Aufhebung des „Vermieterprivilegs“, das es Betreibern sogenannter Laufhäuser und anderer Prostitutionsstätten ermöglicht, horrendes Zimmermieten zu verlangen.**
- **Heraufsetzung des Schutzalters Heranwachsender in der Prostitution auf 21 Jahre.** Laut § 180 („Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger“) im Strafgesetzbuch macht sich bislang nur strafbar, wer „eine Person unter achtzehn Jahren bestimmt, sexuelle Handlungen gegen Entgelt an oder vor einem Dritten vorzunehmen“. Das betrifft Zuhälter und Bordellbetreiber. Laut § 182 („Sexueller Missbrauch von Jugendlichen“) macht sich bislang nur strafbar, wer „eine Person unter sechzehn Jahren“ durch sexuelle Handlungen gegen Entgelt missbraucht. Das betrifft Freier. Begründung für die Heraufsetzung des Schutzalters auf 21 Jahre: Die Erfahrungen von SOLWODI und Ermittlungsbehörden zeigen, dass je älter eine junge Frau ist, sie desto weniger auf die falschen Versprechungen und die vorgegaukelte Liebe eines Zuhälters hereinfällt. Außerdem: Auch im Jugendstrafrecht und beim

„Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ (§ 232 StGB) gelten Heranwachsende erst mit 21 Jahren als erwachsen. Folge der Heraufsetzung des Schutzalters: Einerseits vorbeugende Erschwerung des Einstiegs in die Prostitution; andererseits Ausweitung der Strafverfolgungsmöglichkeiten gegen Zuhälter und Bordellbetreiber sowie Ermöglichung der Strafverfolgung von Freiern, die mit Prostituierten unter 21 Jahren verkehren.

- **Bestrafung von Freiern, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren.** Dagegen wird ins Feld geführt: Wenn die Freier belangt werden, würden sie nicht mehr bei der Identifizierung von Menschenhandelsopfern und bei der Entlarvung von Menschenhändlern helfen. Diese Argumentation ist widersinnig, findet SOLWODI. Ein Freier, der die Zwangslage einer Prostituierten erkennt und darum auf ihre Dienste verzichtet, macht sich ja nicht strafbar. Schon gar nicht, wenn er dem Frauenhandelsopfer hilft, die Täter anzeigt und gegen sie aussagt. Außerdem meinen wir: Nur was gesetzlich als Unrecht definiert ist, schafft auch ein Unrechtsbewusstsein.
- **Wiedereinführung der regelmäßigen Pflichtuntersuchung von Prostituierten, verbunden mit psycho-sozialen Beratungsangeboten in den Gesundheitsämtern.** Begründung: Die Wiedereinführung der vielerorts abgeschafften Pflichtuntersuchung ist auch wegen der zunehmenden Geschlechtskrankheiten als Folge des von Freiern favorisierten ungeschützten Geschlechtsverkehrs nötig, vor allem aber wird sie von Prostituierten selbst gewünscht. Der regelmäßige Gang zum Gesundheitsamt ist für die Frauen oft die einzige Möglichkeit, sich Zuhältern und Bordellbetreibern zu entziehen.
- **Staatlich finanzierte, flächendeckende Ausstiegsberatung für Prostituierte sowie spezielle Qualifizierungs- und Förderprogramme für den Einstieg in ein normales Berufsleben.**

Detaillierte Informationen über die Kampagne finden Sie auf der Homepage www.solwodi.de.

Mit freundlichen Grüßen